



DEUTSCHLAND ERNEuern



# Die Gesundheitsreform

**Eine Reform  
zur Förderung von Qualität  
und Wirtschaftlichkeit  
im Gesundheitswesen**

agenda 2010

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)





## Deutschland erneuern

Unser Land ist stark: Eine vielfältige Bildungslandschaft, leistungsfähige Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Verglichen mit anderen Ländern und Regionen haben wir ein sicheres Fundament für die nötige Erneuerung des Landes.

Wir stehen vor großen Herausforderungen und die Ziele sind dabei klar: Es geht um den Wohlstand in Deutschland auch noch in fünf, zehn und fünfzehn Jahren. Und es geht um den Zusammenhalt in der Gesellschaft und um soziale Sicherheit auf hohem Niveau.

Mit der Agenda 2010 ist der Weg der Erneuerung beschrieben und wir setzen Zug um Zug die Reformen durch. Wir wollen neue Impulse für Innovationen und Investitionen, neue Stabilität für die sozialen Sicherungssysteme. Wir brauchen einen Aufbruch in der Bildungspolitik und vor allem brauchen wir Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Ein wichtiger Teil der Agenda 2010 ist die Stärkung der Städte und Gemeinden. Dort liegt ein großer Teil der Kraft des Landes. Uns geht es um die Chancen der Menschen und um die Chancen des Landes.

**Die Erneuerung des Landes ist eine gemeinsame nationale Aufgabe.**

**Informieren Sie sich und helfen Sie mit.**



## Solidarisches Gesundheitswesen für die Zukunft sichern

Alle Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung haben den gleichen Anspruch auf die notwendige medizinische Versorgung – unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen. Damit das auch in Zukunft so bleiben kann, müssen wir den Gesundheitssektor modernisieren und den veränderten Bedingungen anpassen.

Denn medizinischer Fortschritt und die demografische Entwicklung führen zu einem Anstieg der Ausgaben.

Regierungsfraktionen und Opposition haben sich deshalb 2003 auf ein Gesetz verständigt, das Qualität, Wirtschaftlichkeit und Transparenz der gesundheitlichen Versorgung entscheidend verbessert, die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung stärkt und die Beitragssätze für die gesetzliche Krankenversicherung senkt.

## Solidarität bleibt erhalten

Unser Gesundheitswesen bleibt auch in Zukunft solidarisch. CDU und CSU wollten die Privatisierung weiterer Bereiche durchsetzen. Beim Zahnersatz wollten sie den kompletten Ausstieg aus der Solidarität! Das haben wir verhindert.



## Sinkende Lohnnebenkosten

Wenn wir 2003 nicht gehandelt hätten, wäre der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung weiter auf über 15 % angestiegen.

Mit dem beschlossenen Gesetz haben wir erreicht, dass der Beitragssatz 2004 auf 14,2 % sank und in den kommenden Jahren schrittweise weiter sinken kann.

## Verbesserung der Arzneimittelversorgung für Patienten

Die Ausgaben für Arzneimittel sind in den letzten fünf Jahren überproportional angestiegen. Mit den beschlossenen Maßnahmen steuern wir dagegen.

Dazu gehört u.a.:

- >> Es wird feste Erstattungsbeträge auch für patentgeschützte Arzneimittel geben. Damit bremsen wir den Ausgabenanstieg in diesem Bereich.
- >> Nicht-verschreibungspflichtige Arzneimittel müssen grundsätzlich von den Versicherten bezahlt werden. Diese Arzneimittel wurden schon vor 2003 überwiegend von Patienten ohne Kassenrezept selbst gekauft (bspw. Husten- und Schnupfenmittel). Hiervon ausgenommen bleiben Arzneimittel für Kinder bis zum 12. Lebensjahr sowie für Jugendliche mit Entwicklungsstörungen.
- >> Arzneimittel, die überwiegend der Verbesserung der privaten Lebensführung dienen, wie z. B. Viagra, werden von der Erstattungspflicht der Kassen ausgenommen.





- >> Der Versandhandel für Medikamente wird erlaubt. Das Mehrbesitzverbot von Apotheken wird aufgehoben. Eine Apotheke darf künftig bis zu drei Nebenstellen haben.

## Niemand wird überfordert

Mit der Gesundheitsreform werden die Zuzahlungsregelungen deutlich vereinfacht. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass niemand überfordert wird:

- >> Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr bleiben generell von allen Zuzahlungen befreit.
- >> Für alle Versicherten gilt künftig für alle Zuzahlungen gleichermaßen eine Belastungsgrenze in Höhe von 2 % der Bruttoeinnahmen im Jahr.

# agenda 2010



- >> Chronisch Kranke zahlen nicht mehr als 1 % ihres Bruttoeinkommens. Damit tragen wir den besonderen Bedürfnissen von chronisch Kranken Rechnung und überfordern sie nicht.
- >> Auf Familien wird besonders Rücksicht genommen: deshalb werden Kinderfreibeträge bei der Höhe des zugrundegelegten Einkommens zusätzlich berücksichtigt.
- >> Alle Zuzahlungen – jetzt auch z. B. für Krankenhaus und Reha – werden für das Erreichen der Belastungsgrenze berücksichtigt.
- >> Sozialhilfeempfänger werden den GKV-Versicherten gleichgestellt.
- >> Grundsätzlich wird eine prozentuale Zuzahlung bei allen Leistungen von 10 %, jedoch mindestens 5 € und höchstens 10 €, erhoben. Sie ersetzt die bisherigen Zuzahlungen z. B. bei Medikamenten.
- >> Die Zuzahlung beim Arzt beschränkt sich auf 10 € je Quartal. Erfolgt die Behandlung auf Überweisung entfällt die Zuzahlung; keine Zuzahlung gibt es bei Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennung.
- >> Bei einem Krankenhausaufenthalt fallen täglich 10 € für maximal 28 Tage pro Jahr an.

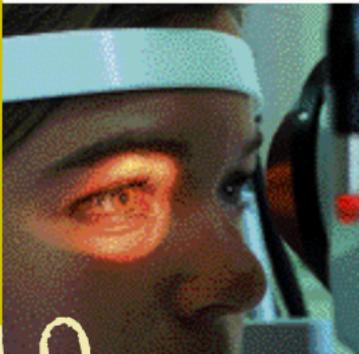
## Neuregelung beim Zahnersatz

Die Union hat ihre Zustimmung zur gesamten Gesundheitsreform von der Einführung einer Kopfpauschale für Zahnersatz ab 2005 abhängig gemacht. Jedoch war der vorgesehene Betrag von 4,50 €, den jeder Versicherte zusätzlich zu zahlen hätte, nicht zu halten. Tatsächlich hätte jeder Versicherte zusätzlich 9,00 € zu zahlen gehabt. Dies war aus unserer Sicht gerade für Geringverdiener unzumutbar. Statt der Kopfpauschale haben wir einen Beitragszuschlag für jeden Versicherten von 0,9 % ab 1. 7. 2005 eingeführt. Gleichzeitig wurde der allgemeine Beitragssatz um 0,9 % gekürzt. Effektiv beläuft sich die zusätzlichen Belastung der Versicherten auf 0,45 %.

## Reform der Organisationsstrukturen

- >> Krankenhäuser werden für die ambulante Versorgung geöffnet.
- >> Medizinische Versorgungszentren, in denen Ärzte und nicht ärztliche Heilberufe zusammen arbeiten, werden für die ambulante Versorgung zugelassen.
- >> Die Kassenärztlichen Vereinigungen werden professionalisiert, entbürokratisiert und auf 17 reduziert. Damit wird die bisherige Monopolstellung der Kassenärztlichen Vereinigung aufgebrochen.
- >> Die Kassenärztlichen Vereinigungen verlieren die alleinige Verantwortung für die Aufteilung des zur Verfügung stehenden Honorarvolumens auf die Ärzteschaft.
- >> Krankenkassen und Kassen- bzw. Kassenzahnärztliche Vereinigungen müssen künftig über die Verwendung der Mittel gegenüber ihren Mitgliedern Rechenschaft ablegen und ihre Verwaltungskosten gesondert als Beitragssatz- bzw. Umlageanteil ausweisen sowie Bezüge der Vorstandsmitglieder offenlegen. Damit schaffen wir mehr Transparenz.





# agenda 2010

## Impressum

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Platz der Republik 1

10557 Berlin

Bezugsadresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

10557 Berlin

oder unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Gesamtherstellung:

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn

[pb.cicero@t-online.de](mailto:pb.cicero@t-online.de)

Fotos: Falk Heller, argum; Markus Dlouhy, Das Fotoarchiv;

Derek Henthorn, STOCK4B; Ilubi Images, STOCK4B;

Axel Kull, vision photos; Peter Duddek, VISUM

Juni 2005

2. aktualisierte Auflage

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.